

POLITISCHES PRISMA

In weiter Ferne



Barbara Hendricks: sieht Probleme für Europas Kreislaufwirtschaft.

Foto: BMUB/Thomas Imo

Schlechte Aussichten für die Umwelt: Von einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft ist Europa weit entfernt. „Etwa 20 Länder der EU sind nicht in der Lage, das einzuhalten, was gesetzlich vorgesehen ist“, kritisierte Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks** letzte Woche beim Besuch des größten europäischen Recyclingzentrums, des Lippewerks von Remondis in Lünen. Brüssel diskutiert derzeit aktuelle Vorschläge der EU-Kommission zur Kreislaufwirtschaft. Da steht noch viel an, wenn die Richtlinienggebung realistisch sein soll. So erfreulich es auch ist, dass Deutschland höhere Recyclingquoten locker meistern kann: Beschlüsse nutzen wenig, wenn sie dann nur zwei, drei Länder in der EU einhalten. ber

Keine Steuer auf Roboter



Mady Delvaux: Macht sich Gedanken um die Wettbewerbsposition.

Foto: EuropeanUnion 2017/EP/Christian Creutz

Roboter haben vorige Woche Einzug in das Europäische Parlament gehalten, zumindest in einer Diskussion über die Haftung für Roboter und künstliche Intelligenz. „Wollen wir Spitzenreiter bleiben, so müssen wir über gemeinsame europäische Regelungen verfügen“, hatte die luxemburgische Politikerin **Mady Delvaux** argumentiert. Empfohlen wurde ein ethischer Verhaltenskodex für Roboterforscher und -designer. Gleichzeitig sprach sich das Parlament gegen eine Robotersteuer aus. Das ist einerseits gut, weil weltweit automatisiert wird und eine Steuer die Wettbewerbsposition verschlechtern würde. Andererseits gilt es nun umso mehr, einen Ausgleich für die Menschen zu finden, die vom technischen Wandel der Arbeitswelt abgehängt werden. ciu

Fallende Hüllen



Gerd Landsberg: Ist scharf auf die Handydaten von Flüchtlingen.

Foto: Imago/Methodi Popow

Geht es nach dem Gesetzentwurf „zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, so schaut das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge künftig auf die Mobiltelefone von Flüchtlingen. Es gilt, die Identitäten von Asylbewerbern ohne Ausweispapiere festzustellen – nicht von einigen wenigen, sondern von geschätzt rund der Hälfte aller Antragsteller. Den Städte- und Gemeindegtag freut es: „Wir haben ein Interesse, dass wir genau wissen, wer kommt“, erklärt Hauptgeschäftsführer **Gerd Landsberg**. Unter dem Deckmantel der Terrorgefahr verändert sich unsere Gesellschaft. Mit dem breiten Auslesen von Handydaten fallen die letzten Schamhüllen der Privatheit – im Trump-Land ebenso wie in Good old Germany, das einst stolz auf seinen Datenschutz war. rb

■ rboensch@vdi-nachrichten.com

„Wir wollen kein Lex China“

HANDELSPOLITIK: Trump und Brexit sind eine Zäsur für Europa. Doch es gibt durchaus verlässliche Alternativen, sagt der Europaabgeordnete Bernd Lange.

VON LISA SCHNEIDER

VDI NACHRICHTEN: Herr Lange, nach sieben Jahren Verhandlung hat das EU-Parlament vergangene Woche dem Ceta-Abkommen mit Kanada zugestimmt. War es das vorerst letzte der großen Abkommen Ceta, TTIP und TISA, das in Europa zustande kommt?

LANGE: Vermutlich. Mit Kanada haben wir seit 1976 ein Freihandelsabkommen und 36 weitere Abkommen, es gibt also eine sehr enge Partnerschaft. All das haben wir mit den USA nicht, da herrscht eine stärkere Wettbewerbssituation. Insofern war das TTIP-Ansinnen viel ambitionierter und ist ja auch gescheitert. Daran wird sich unter dem jetzigen Präsidenten nichts ändern. Das gilt auch für das geplante Dienstleistungsabkommen TISA. Trump möchte kein multilaterales Abkommen mehr und schon gar nicht hinsichtlich der Öffnung des Dienstleistungsmarktes der Vereinigten Staaten.

An TISA sind 21 weitere Staaten beteiligt. Wäre das Abkommen ohne die USA denkbar?

Nein. Die USA waren aufgrund ihres großen Dienstleistungssektors der Motor dieser Anstrengung. Wenn die USA nicht zu Zugeständnissen in TPP und TTIP bereit sind, ist dieses Unterfangen auch begrenzt. Hier müssen wir im Rahmen der WTO nach Reformmöglichkeiten des Zoll- und Handelsabkommen GATT schauen.

Aber die wollen nicht mehr mitspielen. Die Welt fürchtet eine Phase des Protektionismus, vielleicht einen aufziehenden Handelskrieg. Teilen Sie diese düsteren Prognosen?



Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist schon eine Verschiebung des Koordinatensystems. Zum einen, weil es ein Ende der klassischen Handelspolitik bedeutet, Globalisierung mit multilateralen Regeln zu gestalten. Zum zweiten gibt es Signale aus den Vereinigten Staaten, von denen eine Eskalation zu erwarten ist: die Wiederaufnahme des einst zwanzig Jahre währenden Streits um das EU-Verbot auf hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA. Dabei werden in den USA Strafzölle für europäische Pro-

dukte, u. a. Motorräder, bis zu 100 % diskutiert. Zudem ist die US-Regierung der Meinung, das amerikanische Anbieter in Europa diskriminiert werden und plant eine Zwangssteuer für europäische Produzenten, die aus den USA heraus exportieren wollen.

Ich hoffe, dass wir das durch einen Dialog wieder in den Griff bekommen. Ansonsten müssen wir Gegenmaßnahmen ergreifen.

Wie bereitet sich die EU auf den Ernstfall vor?

Zunächst nutzen wir entstehende Freiräume. Das transpazifische Abkommen TPP ist ja gescheitert, (nachdem Trump in der ersten Woche seiner Amtszeit den Ausstieg der USA verkündet hat, Anm. d. Red.) und das eröffnet uns die Möglichkeit, gerade mit den Asean-Ländern und auch Japan stärker in Kontakt zu treten. So können wir unsere Interessen an stabilen Wirtschaftspartnerschaften sichern und damit zumindest ein Stück weit das Vakuum schließen, das die USA hinterlassen haben und das China gerne ausfüllen würde.

Darüber hinaus wollen wir die Welthandelsorganisation WTO wieder viel stärker zum Spielfeld internationaler Handelspolitik machen, weil nur darüber die Vereinigten Staaten gemeinschaftlich einzubinden sind. Diese Plattform sichert den multilateralen Dialog und der

Europapolitiker Bernd Lange

- Demnächst dürfte der Sozialdemokrat sein zwanzigjähriges Jubiläum als Europaabgeordneter feiern. Er gehörte dem Parlament zunächst von 1994 bis 2004 an und stieg 2009 wieder ein.
- Seit 2014 ist Lange Vorsitzender des Internationalen Handelsausschusses (Inta) des Europaparlaments. Als solcher war er auch Berichterstatter für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.
- In der Ceta-Abstimmung vom 15. 2. 17 stimmte Lange für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.
- Der Politiker, der in Burgdorf (nahe Hannover) lebt, studierte evangelische Theologie und Politikwissenschaften in Göttingen. lis
- www.bernd-lange.de



Foto: Bernd Lange